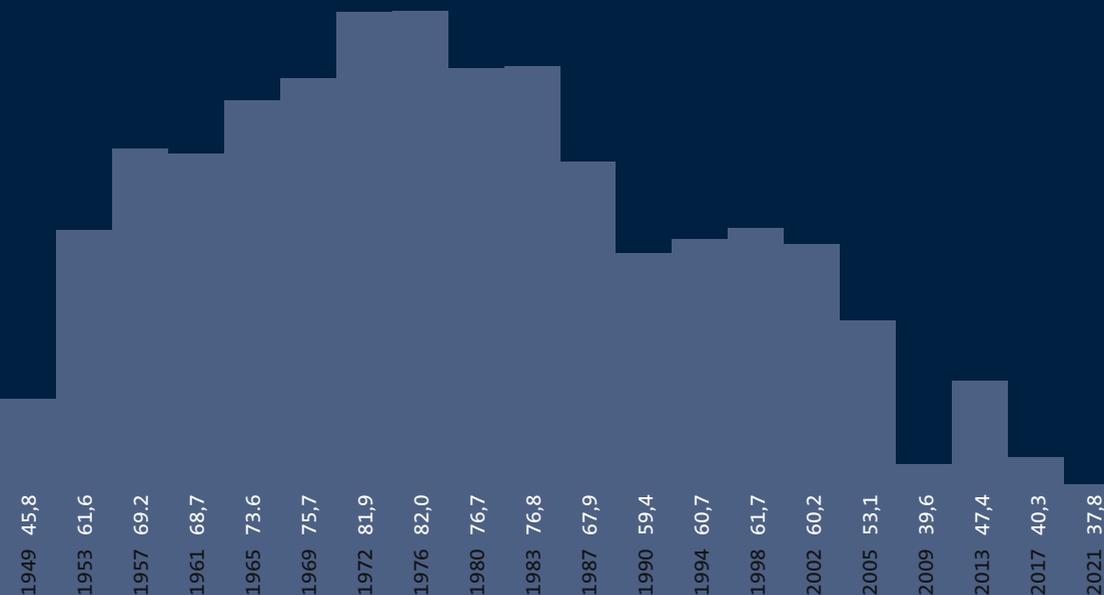


Manfred Güllner

# Der vergessene Wähler

Vom Aufstieg und Fall der Volksparteien

2. Auflage



Nomos

Wähler der Volksparteien CDU/CSU | SPD bei den Bundestagswahlen  
in Bezug zu den Wahlberechtigten

Manfred Güllner

# Der vergessene Wähler

Vom Aufstieg und Fall der Volksparteien

2., aktualisierte und erweiterte Auflage



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7264-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-1273-6 (ePDF)

2., aktualisierte und erweiterte Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Für Uschi*



## Vorwort

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist von verschiedenen Historikern anhand zugänglicher Akten und der Chronologie der Ereignisse ausführlich beschrieben worden. Zudem haben die akademischen Politikwissenschaftler das Wahlverhalten der Bundesbürger bei den Wahlen zum Bundestag – kaum allerdings bei Wahlen zu den Landtagen und kommunalen Parlamenten – in allen Facetten zu durchleuchten und mit immer neuen Theoremen zu erklären versucht.

Doch weitgehend ausgeblendet werden sowohl von Historikern als auch von vielen Politikwissenschaftlern die Befindlichkeiten und Interessenlagen der Bürger. Die aber sind letztendlich dafür verantwortlich, warum die Wähler bei den verschiedenen Wahlen – und nicht nur bei den Wahlen zum Bundestag – ihre Stimme der einen oder der anderen Partei geben.

Dieses Buch will deshalb nicht die zahlreichen Beiträge der Politikwissenschaftler ergänzen, sondern ganz einfach „den Menschen eine Stimme geben“. Es soll versucht werden, die Entscheidungen der Wähler bei den Wahlen in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus nachzuzeichnen. Dargestellt wird, warum der Wähler – also der eigentliche Souverän in einem demokratischen politischen System – jeweils so entschieden hat, wie es in den Wahlergebnissen zum Ausdruck kommt.

Gezeigt wird, wie die beiden „großen“ als „Volksparteien“ charakterisierten Parteien Union und SPD mit zunehmender Akzeptanz des demokratischen Systems zunächst bis zu Beginn der 1980er Jahre das Vertrauen vieler Wähler gewinnen und enorme Bindekraft entfalten konnten, dann aber – und das schon lange vor dem Auftauchen der AfD – seit Ende der 1980er Jahre kontinuierlich das einst gewonnene Vertrauen wieder verloren und ihre Bindekraft einbüßten.

In der jetzt vorliegenden 2. Auflage wird der weitere Niedergang der einstigen Volksparteien nach der Bundestagswahl 2017 bis zur Wahl 2021 beschrieben. Die Entwicklung der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse der Wahlbürger in den vier Jahren zeigt dabei, mit welchem großen Interesse die Bürgerinnen und Bürger das politische Geschehen verfolgen und wie sie unmittelbar auf Ereignisse mit ihren Wertungen und Einschätzungen reagieren.

Um den Auf- und Abstieg der Volksparteien anhand des Wählerwillens nachzeichnen zu können, werden neben den Wählervoten vor allem die Ergebnisse von direkten Befragungen der Wähler bzw. Nichtwähler herangezogen. Dabei stützt sich dieses Buch für die Zeit bis kurz vor der Bundestagswahl 2017 im Wesentlichen auf Materialien, die ich mit meinen Studenten im Rahmen meiner Lehrtätigkeit an der Freien Universität Berlin erarbeitet habe. Das neue Kapitel über den Zeitraum von 2017 bis 2021 nutzt dagegen in erster Linie die von forsa meist im Rahmen des RTL/ntv-Trendbarometers, aber auch für andere Auftraggeber erhobenen Daten.

Manfred Güllner

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Die Phase der „Re-Education“ nach 1945 bis zur ersten Bundestagswahl 1949</b> .....	1
1.1 Die Einstellungen der Deutschen nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus .....	1
1.2 Die ersten politischen Strukturen im neuen Deutschland .....	5
1.3 Die Gründung der Bundesrepublik .....	9
<b>2. Der „Adenauer-Sog“ 1949 bis 1961</b> .....	15
2.1 Die Etablierung der Kanzlerdemokratie .....	15
2.2 Das System Adenauer .....	21
2.3 1957: Absolute Mehrheit für die Union .....	25
2.4 Die SPD auf dem Weg zur Volkspartei .....	34
2.5 1961: Eine Wahl unter dem Schock der „Mauer“ .....	38
<b>3. Die Etappen auf dem Weg zum ersten Machtwechsel in der neuen Bundesrepublik</b> .....	43
3.1 Das Ende der Ära Adenauer und das Interregnum von Ludwig Erhard .....	43
3.2 Die erste Große Koalition in der Bundesrepublik .....	49
3.3 Der Machtwechsel 1969 .....	52

<b>4. Die sozialliberale Ära 1969 bis 1982</b> .....	61
4.1 Die Bildung der sozialliberalen Koalition 1969 .....	61
4.2 Die ersten vorgezogenen Neuwahlen der Bundesrepublik 1972 .....	64
4.3 Auf dem Weg zum Zweiparteiensystem .....	68
4.4 Nach der Willy-Wahl 1972: Rückkehr der Realität .....	72
4.5 Die Kanzlerschaft Helmut Schmidts .....	75
4.6 Strukturelle Veränderungen in den Volksparteien in den 1970er Jahren .....	78
4.6.1 Die Union nach 1969 .....	78
4.6.2 Die SPD nach 1969 .....	83
4.6.3 Die Professionalisierung von Union und SPD in den 1970er Jahren .....	94
<b>5. Das Ende der sozialliberalen Ära</b> .....	101
5.1 Die Strauß-Wahl 1980 .....	101
5.2 Das Ende von Helmut Schmidt .....	104
<b>6. Pannen, Pech und Pleiten: Die Kanzlerschaft Helmut Kohls bis zur Wiedervereinigung</b> .....	107
6.1 Die Bundestagswahl 1983: Auf dem Weg zu einem Mehrparteiensystem .....	107
6.2 Die Grünen als neue (vierte) Partei im Parteiensystem der Bundesrepublik .....	114
6.3 Kohl und kein Ende: Die Bundestagswahl 1987 .....	121
<b>7. Auf dem Weg zur Wiedervereinigung</b> .....	133
7.1 Weitere Erosionsprozesse im Parteiensystem .....	133
7.2 Die Wiedervereinigung .....	136
7.3 Die erste gesamtdeutsche Wahl 1990 .....	139

---

<b>8. Der Unmut der Wähler nach der Wiedervereinigung</b> .....	147
<b>9. Brandts „Enkel“ im Kampf um die Macht in der SPD</b> .....	153
<b>10. Das SPD-Zwischenhoch mit Gerhard Schröder</b> .....	157
10.1 Der Kampf um die Kanzlerkandidatur 1998 .....	157
10.2 Kohls Ende .....	162
10.3 Die Schröder-Regierung 1998 bis 2002 .....	166
10.4 Schröders „Agenda 2010“ .....	177
10.5 Das Ende des „rot-grünen Projekts“ .....	182
<b>11. Die Ära Merkel</b> .....	189
11.1 Die Große Koalition 2005 bis 2009 .....	189
11.2 Die schwarz-gelbe Koalition 2009 bis 2013 .....	200
11.3 Die AfD .....	208
11.4 Die Große Koalition nach 2017 bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie .....	214
11.5 Die Entwicklung des Vertrauens in die Politik in der Corona-Krise .....	219
<b>12. Die Bundestagswahl vom 26. September 2021</b> .....	231
<b>13. 2021: Das Ende der Volksparteien</b> .....	235
<b>14. Ausblick</b> .....	241
Dank .....	249
Benutzte Quellen .....	251



# 1. Die Phase der „Re-Education“ nach 1945 bis zur ersten Bundestagswahl 1949

## 1.1 *Die Einstellungen der Deutschen nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus*

Der erste, nach dem Ersten Weltkrieg unternommene Versuch, die Demokratie in Deutschland zu etablieren, scheiterte kläglich und endete mit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten im Januar 1933 mit allen katastrophalen Folgen für Deutschland und die Welt.

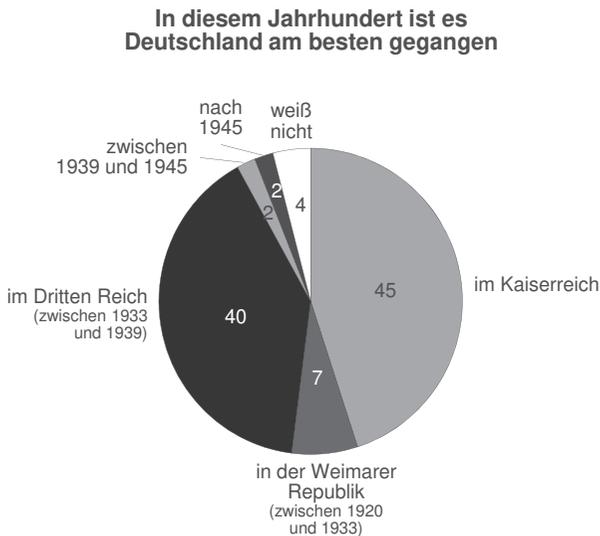
Die Weimarer Republik ging aber nicht dadurch zugrunde, dass sich die Mehrheit der Deutschen den Nationalsozialisten angeschlossen hätte. Noch bis zur Reichstagswahl 1928 blieb die NSDAP eine völlig unbedeutende Splitterpartei, die nur von 2 von 100 Wahlberechtigten gewählt wurde. Erst im Verlauf der Weltwirtschaftskrise gelang es der NSDAP, zu einer Massenpartei zu werden. Doch auch bei der letzten demokratischen Reichstagswahl im November 1932 wurde die NSDAP nur von einem Viertel (26,5 %) aller Wahlberechtigten im damaligen Deutschen Reich gewählt. Fast drei Viertel des deutschen Volkes gaben also den Nazis ihre Stimme nicht.

Gescheitert ist die Weimarer Republik daran, dass die Demokratie auch von den meisten, die nicht zu den Wählern der NSDAP gehörten, nicht wehrhaft verteidigt wurde. Zwar waren die meisten Deutschen keine glühenden Anhänger der Nazis, aber es war ihnen ziemlich gleichgültig, in welchem politischen System sie lebten. So konnten die Nationalsozialisten das demokratische System mit allen seinen Institutionen innerhalb kürzester Zeit nach ihrer Machtergreifung vollständig liquidieren, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen.

Selbst nachdem die Nationalsozialisten auch Deutschland total vernichtet hatten, sehnte sich kaum jemand nach der Weimarer Republik zurück. Wie wenig beliebt die Weimarer Republik gewesen

und wie gering das demokratische System in den Köpfen der Deutschen verankert war, zeigte sich auch noch mehr als sechs Jahre nach dem totalen Zusammenbruch des Nationalsozialismus. Ende 1951 gaben in einer Befragung des Instituts für Demoskopie in Allensbach nur 7 Prozent aller Befragten an, Deutschland sei es im letzten Jahrhundert zur Zeit der Weimarer Republik am besten gegangen. 45 Prozent meinten, das sei im Kaiserreich bis 1919 der Fall gewesen. Und ähnlich viele – 40 Prozent – gaben als Zeitraum, in dem es Deutschland am besten gegangen sei, die Zeit nach der Machtergreifung der Nazis von 1933 bis 1939 an – also die Zeit, in der die Demokratie vollständig liquidiert und das nationalsozialistische Schreckensregime etabliert wurde.

*Wann ging es Deutschland am besten (1951)*



Quelle: Repräsentativerhebung des Instituts für Demoskopie im Oktober 1951

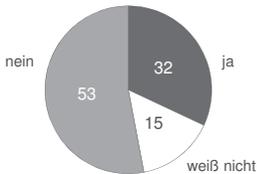
Und trotz der totalen Vernichtung des Landes war der Nationalsozialismus nach Meinung von mehr als der Hälfte der Deutschen (55 %) eine „gute Idee“ gewesen, die nur „schlecht umgesetzt“ worden sei. Und dass Deutschland für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

1939 verantwortlich war, das glaubte auch 1951 nur eine Minderheit von 32 Prozent aller Bundesbürger. Selbst ein Jahrzehnt nach dem Ende der Nazi-Herrschaft war 1955 immer noch fast die Hälfte aller Deutschen der Meinung, Adolf Hitler wäre ohne den verlorenen Krieg einer der größten Staatsmänner gewesen.

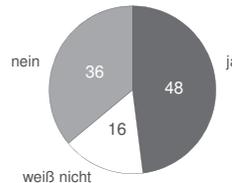
### *Einstellungen zum Nationalsozialismus nach 1945*



Für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war Deutschland verantwortlich \*\*)



Ohne den Krieg wäre Hitler einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen \*\*\*)



\*) OMGUS (Office of Military Government, U.S.)-Erhebung 1947

\*\*) Repräsentativerhebung des Instituts für Demoskopie im Oktober 1951

\*\*\*) Repräsentativerhebung des Instituts für Demoskopie im Mai 1955

All dies sind Hinweise darauf, wie gering der Versuch, die Demokratie zur Zeit der Weimarer Republik zu etablieren, von den Deutschen geschätzt wurde. Die Nazi-Diktatur hingegen wurde auch nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ noch lange glorifiziert. Und dem „Führer“ und seinen Vasallen wurde nicht vorgeworfen, die Demokratie liquidiert und den Zweiten Weltkrieg begonnen zu haben, sondern, dass sie diesen Krieg nicht gewonnen, sondern verloren hätten.

Ziemlich entlarvend war auch der lange Zeit nach 1949 vorherrschende Sprachgebrauch. Selbst ein auf der Höhe der Zeit agierender Wissenschaftler wie Gerhard Schmidtchen, einer der wichtigsten Mitarbeiter des Instituts für Demoskopie in den 1950er und 1960er Jahren, sprach noch 1965 von „Staatsauflösung“, wenn er den Zusammenbruch des Nationalsozialismus 1945 meinte, oder von „Herrschern und Beherrschten“, von „Volksbürgern“ oder der „Gefolgschaft“ von Parteien.

Bei dieser großen und auch nach 1945 lange anhaltenden Affinität zur Gedankenwelt des Nationalsozialismus ist nicht verwunderlich, dass die auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 von den Siegermächten beschlossene Demokratisierung Deutschlands (einem der auf dieser Konferenz besiegelten „4 D’s“: Neben der „Demokratisierung“ die „Demilitarisierung“, „Dezentralisierung“ und die „De-Nazifizierung“) bei den „besiegten“ Deutschen auf wenig Gegenliebe stieß.

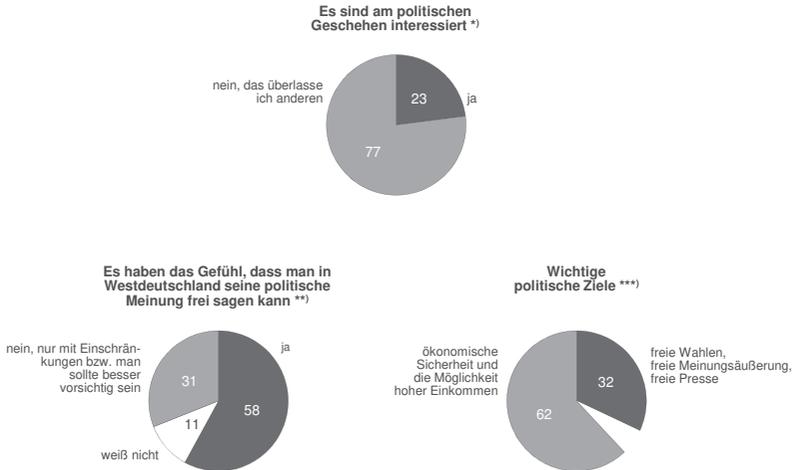
Dass den Deutschen nach dem Willen vor allem der westlichen Siegermächte der Nazi-Ungeist ausgetrieben und sie – wie es der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel H. Barnes formulierte – vom „Untertanen“ zum „Staatsbürger“ umerzogen werden sollten, stieß eher auf Unwillen, statt dass es Begeisterung auslöste.

Dieser Prozess der „Re-Education“ wurde auch dadurch stark behindert, dass im „Dritten Reich“ eher unbekannte oder verächtlich gemachte Werte im neuen Deutschland Priorität haben sollten, die von vielen noch nicht akzeptiert wurden. So hielt 1949 nur ein Drittel (32 %) eine Politik für richtig, die freie Wahlen, die freie Meinungsäußerung oder eine freie Presse garantieren wollte. Wichtiger als solche demokratischen Tugenden war für die Deutschen 1949 ökonomisches Wohlergehen – wie ein hohes Einkommen.

Zudem war das Interesse am politischen Geschehen zu Beginn des zweiten Versuchs, die Demokratie in Deutschland zu etablieren, auch eher unterentwickelt: Noch nicht einmal ein Viertel aller Deutschen (23 %) gab 1947 an, am politischen Geschehen interessiert zu sein. Über drei Viertel (77 %) zeigten eine „Ohne-mich“-Haltung und wollten es den anderen überlassen, sich um Politik zu kümmern. Bemerkenswert ist auch, dass noch 8 Jahre nach dem Ende des Schreckens- und Überwachungsregimes der Nazis nur etwas mehr als die

Hälfte der Bundesbürger (58 %) glaubte, man könne in Westdeutschland seine politische Meinung frei sagen. Immer noch ein Drittel (31 %) meinte, das sei nur mit Einschränkungen möglich bzw. man sollte mit allzu freien Äußerungen zur Politik eher vorsichtig sein.<sup>1</sup>

*Vorbehalte gegen die Demokratisierung: „Ohne mich“-Standpunkt*



- \*) OMGUS (Office of Military Government, U.S.)-Erhebung 1947
- \*\*\*) Repräsentativerhebung des Instituts für Demoskopie im Mai 1953
- \*\*\*) OMGUS-Erhebung 1949

**1.2 Die ersten politischen Strukturen im neuen Deutschland**

Angesichts dieser nach 1945 bei den Deutschen weit verbreiteten Grundeinstellungen zur Politik und zur Demokratie verlief der Aufbau der neuen demokratischen Strukturen eher zäh. Dabei sollte eine politische Tätigkeit nach dem Willen der Siegermächte vorerst ohnehin nur unter strenger Kontrolle auf dem Gebiet der örtlichen Selbstverwaltung erfolgen. Erst nach einer erfolgreichen „Re-Education“ sollten dann politische Strukturen auf höheren politischen Ebenen

1 Schmidtchen, Gerhard. Die befragte Nation, Freiburg 1959, S. 56

gebildet werden, bevor Deutschland als demokratisches, zuverlässiges und friedliches Volk wieder einen Platz unter anderen Völkern einnehmen könnte.

Die Zulassung „antifaschistischer“ Parteien und Gewerkschaften wurde von den Alliierten entsprechend gesteuert. Nach einem klaren Plan ging dabei die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone vor. Bereits im Dezember 1945 wurde im Rahmen einer gemeinsamen Konferenz von SPD und KPD in Berlin die Vereinigung beider Parteien vorbereitet und vom 20. bis 23. April 1946 im Rahmen des Gründungsparteitages der SED („Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“) vollzogen.

Die SPD in der West-Zone und in West-Berlin lehnte diese Vereinigung mit der KPD ab. Bei der am 30. März 1946 in West-Berlin durchgeführten Urabstimmung der SPD-Mitglieder wurde diese Vereinigung bei einer hohen Wahlbeteiligung von 73 Prozent von 82 Prozent der teilnehmenden Mitglieder abgelehnt. Nur eine verschwindend kleine Minderheit von 12 Prozent der West-Berliner SPD-Mitglieder stimmte für diese Vereinigung.

Der erste Parteitag der SPD in der Westzone fand vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover statt. Zum Vorsitzenden wurde Kurt Schumacher gewählt. Die Sozialdemokraten versuchten, wieder an ihre im Kaiserreich und der Weimarer Republik entstandenen traditionellen Strukturen und Traditionen anzuknüpfen.

Schwieriger verlief der Aufbau der sich im Gegensatz zur katholischen Zentrums Partei der Weimarer Republik neu bildenden Christlichen Demokratischen Union (CDU). Die CDU war ein neuartiges politisches Gebilde mit recht heterogenen ideologischen Strömungen und einer Vielzahl regionaler Interessen. So war die Programmatik der CDU zunächst stark vom Gewerkschaftsflügel in der neuen Partei bestimmt. Das am 3. Februar 1947 beschlossene „Ahlener Programm“ der CDU mit dem Titel „Überwindung von Kapitalismus und Marxismus“ ging deshalb noch von einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel aus.

Neben der an ihre Tradition in der Weimarer Republik anknüpfenden Sozialdemokratie und den sich langsam konstituierenden Christdemokraten bildeten sich außer der FDP als Fortsetzung der früheren liberalen Parteien eine Reihe von kleinen und kleinsten po-

litischen Gruppen. So gab es u.a. den „Block der Vaterländischen Vereinigung“, den „Christlich-sozialen Arbeiterbund“, den „Deutschen Block“, die „Deutsche Rechtspartei“, eine „Unpolitische Bäuerliche Notgemeinschaft“ oder auch eine „Königspartei“.

Die politische Entwicklung in Deutschland nach 1945 vollzog sich dann allerdings doch anders als von den Alliierten in Potsdam vorgesehen. Dabei kamen die entscheidenden Impulse nicht von innen, sondern waren Folge der sich entwickelnden geopolitischen Lage. So wurde in der sowjetischen Besatzungszone der Aufbau politischer Strukturen wegen der Interessenlage der Sowjetunion unter Dominanz der neuen Einheitspartei SED gezielt vorangetrieben. Die ersten Landtagswahlen nach 1945 fanden denn auch in den fünf Ländern der sowjetischen Besatzungszone am 20. Oktober 1946 statt (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen). Diese Landtagswahlen waren dabei schon stark durch die einseitige Unterstützung der SED durch die sowjetische Besatzungsmacht geprägt.

Wegen des sich schnell entwickelnden Ost-West-Konflikts – vor allem nach der Übernahme der Macht in den osteuropäischen Staaten Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien durch die Sowjetunion – und der atomaren Aufrüstung in den USA und der Sowjetunion wurde dann auch das westliche Deutschland schneller wieder als Mitstreiter gebraucht als ursprünglich geplant.

Die ersten Landtagswahlen in der „West-Zone“ fanden in der amerikanischen Besatzungszone Ende November/Anfang Dezember 1946 im Land Württemberg-Baden (ein Teilgebiet des späteren Landes Baden-Württemberg) sowie in den Ländern Bayern und Hessen statt. Ende April 1947 folgten in der britischen Besatzungszone Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Und im Mai fand die erste Landtagswahl in der französischen Zone in Rheinland-Pfalz statt.

Bei einem Vergleich der Nichtwähler-Anteile der Landtagswahlen in der sowjetischen Besatzungszone und den drei „West-Zonen“ fällt auf, dass die Zahl der Nichtwähler mit zum Teil über 30 Prozent in den Ländern der „West-Zone“ viel höher war als in den fünf Ländern der sowjetischen Besatzungszone mit einem Nichtwähleranteil von 10 oder – in vier der fünf Länder – sogar unter 10 Prozent. Hier

liegt der Verdacht nahe, dass bereits bei den ersten Wahlen in der Sowjet-Zone Wahlmanipulationen stattfanden.

Auffällig ist zudem der hohe Anteil ungültiger Stimmen bei allen Landtagswahlen – unabhängig von der jeweiligen Besatzungszone. Diese im Vergleich zu späteren Wahlen außergewöhnlich hohe Zahl von ungültigen Stimmen dürfte einerseits darauf zurückzuführen sein, dass die Wahlverfahren und –regeln von den Deutschen erst wieder nach Jahren der nationalsozialistischen Diktatur erlernt werden mussten. Vor allem aber dürfte dafür verantwortlich gewesen sein, dass NSDAP-affine, eher demokratiekritische oder sogar –feindliche Wähler ihre Vorbehalte gegen die von den Alliierten den Deutschen aufgezwungene „Demokratisierung“ durch die Abgabe einer ungültigen Stimme zum Ausdruck bringen wollten.

*Die ersten Landtagswahlen nach 1945*

		Anteil der		
		Nicht- wähler %	ungültigen Stimmen %	
amerikanische Besatzungszone:				
–	Württemberg-Baden	24.11.1946	30,2	6,7
–	Bayern	1.12.1946	24,3	4,4
–	Hessen	1.12.1946	26,8	7,6
britische Besatzungszone:				
–	Schleswig-Holstein	20.4.1947	30,2	3,6
–	Niedersachsen	20.4.1947	34,9	4,5
–	Nordrhein-Westfalen	20.4.1947	32,7	4,9
französische Besatzungszone:				
–	Rheinland-Pfalz	18.5.1947	22,1	10,6
sowjetische Besatzungszone:				
–	Mecklenburg-Vorpommern	20.10.1946	10,0	5,5
–	Brandenburg	20.10.1946	8,5	4,6
–	Sachsen-Anhalt	20.10.1946	8,4	5,8
–	Sachsen	20.10.1946	7,5	6,5
–	Thüringen	20.10.1936	12,5	4,4

Die Verschärfung des Ost-West-Konfliktes führte dann schneller als ursprünglich vorgesehen auch zur Ausbildung erster zentraler Strukturen in der westlichen Besatzungszone. So wurde 1947 die „Bi-Zone“ aus der amerikanischen und britischen Zone gebildet, die 1948 unter Einschluss der französischen Zone zur „Trizone“ vereint wurde. Im Juni 1948 wurde dann eine Währungsreform in der westlichen Trizone durchgeführt. Die westlichen Besatzungsmächte wurden zudem durch die zur Versorgung West-Berlins während der Blockade durch die Sowjetunion eingerichtete „Luftbrücke“ und die Verteidigung gegen eine kommunistische Bedrohung langsam vom „Feind“ zu einer Art „Beschützer“.

### ***1.3 Die Gründung der Bundesrepublik***

1948 wurden dann auch die Weichen zur Gründung der Bundesrepublik durch die „Londoner Empfehlungen“ einer Sechs-Mächte-Konferenz (neben den USA, Großbritannien und Frankreich auch die drei Benelux-Staaten) gestellt. Die Ministerpräsidenten der Länder der „Trizone“ wurden von den westlichen Militärgouverneuren ermächtigt, eine „verfassungsgebende Nationalversammlung“ einzuberufen. Die Ministerpräsidenten empfahlen die Bildung eines „Parlamentarischen Rates“, der aus Vertretern der einzelnen Landtage zusammengesetzt wurde und am 1. September 1948 in Bonn zum ersten Mal zusammentrat.

Der Parlamentarische Rat bestand aus 65 Mitgliedern der einzelnen Landtage. Jeweils 27 gehörten der SPD bzw. der CDU und CSU an, 5 der FDP und jeweils 2 der KPD, der Deutschen Partei und dem Zentrum. Frauen waren dabei unterrepräsentiert: Mit Helene Wessel, Elisabeth Selbert, Friederike Nadig und Helene Weber waren unter den 65 Mitgliedern nur 4 Frauen.

Der Parlamentarische Rat erarbeitete mit maßgeblicher, allerdings nicht öffentlich kundgetaner Hilfestellung des US-amerikanischen Staatsrechtlers James K. Pollock ein „Grundgesetz“ als Vorläufer einer späteren Verfassung eines wiedervereinigten Deutschlands. Das bis heute auch nach der Wiedervereinigung weiter geltende „Grundgesetz“ wurde weitgehend geprägt durch die Erfahrungen der

Weimarer Republik mit ihrer großen Instabilität. So gab es zwischen 1919 und 1932 in 13 Jahren 20(!) Reichsregierungen. Die längste Regierungszeit hatte mit 637 Tagen das 1928 von Hermann Müller gebildete Kabinett, während das zweite Kabinett Stresemann 1923 nur 48 Tage amtierte. Die Position des Bundespräsidenten wurde deutlich schwächer gestaltet als die des Reichspräsidenten in der Weimarer Republik, der direkt vom Volk gewählt wurde und über umfassende Machtbefugnisse – Auflösung des Reichstages, Entlassung des Reichskanzlers, Ernennung von „Präsidialkabinetten“, etc. – verfügte. Die Stellung des Kanzlers hingegen wurde deutlich gestärkt, u.a. dadurch, dass er nur durch das sogenannte „konstruktive Misstrauensvotum“ bei gleichzeitiger Wahl eines Nachfolgers abgelöst werden kann. Der Bundespräsident hat dagegen im Wesentlichen nur repräsentative Aufgaben ohne direkte Einflussmöglichkeiten auf die operative Alltagspolitik. Aus gutem Grund wurde auch auf eine Direktwahl des Staatsoberhauptes verzichtet. Das sollte auch heute bedacht werden, wenn immer wieder die Diskussion aufflammt, ob nicht doch eine Direktwahl des Bundespräsidenten sinnvoll wäre. Doch dies würde die im Grundgesetz klug austarierte Machtbalance zwischen den politischen Institutionen aushebeln.

Nachdem das Grundgesetz am 8. Mai 1949 mit 53 zu 12 Stimmen (mit „Nein“ stimmten die 6 Vertreter der CSU und die jeweiligen 2 Vertreter der DKP, der DP und des Zentrums) vom Parlamentarischen Rat verabschiedet wurde und vom 16. bis 20. Mai von allen Landtagen – mit Ausnahme von Bayern! – angenommen und am 23. Mai 1949 verkündet wurde, begann die Existenz der Bundesrepublik Deutschland – bestehend aus den drei westlichen Besatzungszonen.

Am 14. August konnte dann die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag stattfinden.

Von einem bei späteren Wahlen bekannten „Wahlkampf“ kann bei dieser ersten Wahl auf Bundesebene nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus nicht gesprochen werden. Zu kurz war die Zeit zwischen der offiziellen Gründung der Bundesrepublik und dem Wahltermin und zu wenig waren die Parteien und politischen Gruppen auf Wahlauseinandersetzungen vorbereitet.

Die SPD war zudem zutiefst davon überzeugt, dass sie als stärkste Partei aus dieser Wahl hervorgehen würde, weil sie für sich als der ältesten deutschen Partei, die zudem unter dem Nationalsozialismus mit am meisten gelitten hatte, einen moralischen Führungsanspruch beanspruchte. Und das Volk – so die feste Erwartung der SPD – würde diesen Führungsanspruch bestätigen. Bundeskanzler sollte – da gab es ebenfalls keinen Zweifel in der SPD – Kurt Schumacher werden, den auch 1947 schon 40 Prozent der Bundesbürger kannten.

Adenauer hingegen kannten 1947 außerhalb seiner Heimatstadt Köln, wo er vor 1933 und kurze Zeit nach 1945 Oberbürgermeister war, niemand. Konrad Adenauer nutzte aber sein Amt als Präsident des Parlamentarischen Rates, um in aller Stille Kontakte zu den führenden alliierten Militärs zu knüpfen und Gesprächspartner für alle diejenigen Politiker, Beamten, Wirtschaftsführer, Wissenschaftler und Journalisten zu werden, die für sich im neuen Staat eine Position erhofften. Adenauer selbst fühlte sich zunehmend als Repräsentant des entstehenden neuen westdeutschen Staates, obwohl diese Rolle eigentlich aufgrund der formalen Rollenverteilung eher Hermann Pünder, dem Oberdirektor der Vereinigten Wirtschaftsgebiete, zugehört war. Er wurde deshalb auch als „Real German Prime Minister“ bezeichnet. Diese vom ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss als „Hintergrundfunktion“ charakterisierte Rolle Adenauers war einer breiten Öffentlichkeit vor der Bundestagswahl 1949 keinesfalls bewusst.

Folgerichtig führte die CDU/CSU den Wahlkampf 1949 ohne einen Kanzlerkandidaten. Eine Personalisierung des Wahlkampfes fand deshalb kaum statt. Über Adenauer – aber auch über Schumacher – wurde nur äußerst selten berichtet – beide kamen nur in jedem 10. Bericht über den Wahlkampf vor.

Während die SPD ihren moralischen Führungsanspruch mit eher grundsätzlichen, aber weitgehend abstrakten Themen zu verdeutlichen suchte, betonte die CDU/CSU pragmatische Ziele für die ökonomische Entwicklung des Landes. Dazu hatte Adenauer auch Ludwig Erhard gewonnen, der eigentlich für die FDP kandidieren wollte. Adenauer nutzte Erhard, um das nicht mehr ganz in die Zeit passende „Ahleener Programm“ durch ein eher marktwirtschaftlich

orientiertes Programm abzulösen und um eine in der Union von vielen favorisierte Große Koalition zu verhindern.

Das Ergebnis der Bundestagswahl 1949 war für die SPD eine herbe Enttäuschung. Nicht sie erhielt die meisten Stimmen, sondern mit 31 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen lagen CDU und CSU vor der SPD mit 29,2 Prozent. Neben der FDP (mit 11,9 Prozent) erhielten alle sonstigen kleinen Parteien zusammen mit 27,9 Prozent fast so viele Stimmen wie die SPD.

*Das Ergebnis der Bundestagswahl 1949*

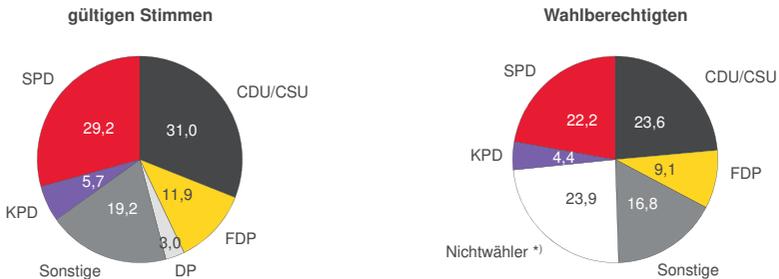
	gültige Stimmen %	Sitze
CDU	25,2	115
CSU	5,8	24
CDU/CSU	31,0	139
SPD	29,2	131
FDP	11,9	52
KPD	5,7	15
Bayernpartei (BP)	4,2	17
Deutsche Partei (DP)	4,0	17
Zentrum	3,1	10
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV)	2,9	12
Deutsche konservative Partei (DKP, DRP)	1,8	5
Notgemeinschaft (NG)	1,0	1
Südschleswigscher Wählerbund	0,3	1
Parteilose	3,8	2
Sonstige	1,1	-
Summe	100,0	402

Von allen Wahlberechtigten hatte jeweils ein knappes Viertel (23,6 bzw. 22,2 %) der Union bzw. der SPD die Stimme gegeben. 9,1 Prozent aller Wahlberechtigten wählten die FDP, 21,2 Prozent eine der

sonstigen Parteien. Rund ein Viertel (23,9 %) beteiligte sich nicht an der Wahl bzw. gab eine ungültige Stimme ab.

### Das Ergebnis der Bundestagswahl 1949

in % der



\*) einschließlich ungültige Stimmen

Der Wahlausgang 1949 ließ offen, wem die künftige Regierungsgewalt in der neu geschaffenen Bundesrepublik zufallen sollte. Möglich war eine Große Koalition aus CDU, CSU und SPD, aber auch eine bürgerliche Koalition nach dem Vorbild des Frankfurter Wirtschaftsrats.

In der Union gab es viele Befürworter eines Bündnisses mit den Sozialdemokraten. Doch Adenauer, der auf Distanz zur SPD bedacht war und die CDU als klar konturierte politische Alternative zur SPD positionieren wollte, setzte die kleine bürgerliche Koalition trotz großer Widerstände innerhalb der CDU/CSU durch. Als Vorsitzender der CDU in der britischen Zone machte sich Adenauer zunutze, dass es noch keine gemeinsame Parteiorganisation der CDU im gesamten Gebiet der drei Westzonen gab. Erst im Oktober 1950 wurde die CDU auf Bundesebene gegründet.

Obwohl die von Adenauer gebildete erste Bundesregierung aus CDU, CSU, FDP und DP im Bundestag mit 208 von 402 Mandaten (CDU: 115, CSU 24, FDP 52 und DP 17 Mandate) eine klare Mehrheit hatte, wurde Konrad Adenauer bei der Kanzlerwahl nur mit der knappsten möglichen Mehrheit (202 von 402 Stimmen) zum Kanzler

gewählt. Den Ausschlag gab – wie er es selbst kundtat – seine eigene Stimme.

In der ersten Bundesregierung stellte die CDU 5, die CSU sowie die FDP und die DP jeweils 3 Minister. Ludwig Erhard, der erste Wirtschaftsminister, war im Übrigen weder 1949 noch in den folgenden Jahren Mitglied der CDU. Erst als er 1965 als Nachfolger Adenauers auch Vorsitzender der CDU geworden war, soll er in die CDU eingetreten sein.

## 2. Der „Adenauer-Sog“ 1949 bis 1961

### 2.1 Die Etablierung der Kanzlerdemokratie

„Im Anfang war Adenauer“ – so beginnt der Historiker Arnulf Baring sein 1971 erschienenes Werk über die Anfänge der Bundesrepublik. Diese Feststellung ist zugleich richtig und falsch. Richtig, weil Adenauer schon als Vorsitzender des Parlamentarischen Rates konsequent darauf hingearbeitet hatte, zur wichtigsten Figur der entstehenden Bundesrepublik zu werden und diese Bemühungen mit seiner Wahl zum Bundeskanzler krönte. Falsch aber ist diese Aussage, wenn man die Wahrnehmung und Bewertung Adenauers in der Bevölkerung als Maßstab nimmt.

So war Adenauer 1949 bei der Bundestagswahl viel unbekannter als sein Kontrahent Kurt Schumacher. Wegen dieses geringen Bekanntheitsgrades spielte er bei der Wahlentscheidung der Bürger in der ersten Bundestagswahl auch so gut wie keine Rolle. Und seine Partei, die CDU im Bündnis mit der CSU, lag mit 31 Prozent der gültigen Stimmen nur knapp vor den deutschen Sozialdemokraten. Und schließlich wäre vielen Deutschen und auch einer Mehrheit der CDU-Mitglieder ein Bündnis der Union mit der SPD lieber gewesen, als die von Adenauer per Handstreich durchgesetzte „kleine“ Koalition.

Doch Adenauer nutzte von Anbeginn seiner Kanzlerschaft an die im neuen Grundgesetz festgeschriebene starke Stellung des Kanzlers aus und formte das Kanzleramt zur Machtzentrale der neuen Republik. Mit Hilfe von Hans Globke und Otto Lenz (beide übernahmen bis 1953 – Lenz – bzw. nach 1953 – Globke – das Amt eines Staatssekretärs im Bundeskanzleramt und damit die Leitung des Amtes) wurde im Kanzleramt durch ein Referentensystem eine Querschnittsverwaltung zur Kontrolle und Lenkung des gesamten neuen Regierungsapparats aufgebaut. Außerdem wurde von Anfang an darauf geachtet, eine umfassende und systematische Öffentlich-

keitsarbeit zu betreiben. Dazu diente das Bundespresseamt, das vielfältige Instrumente für eine effiziente „Kontaktpflege“ mit dem Volk entwickelte und unterhielt. Unterstützt wurden diese Bemühungen auch sehr früh (ab 1950) durch die moderne Meinungsforschung.

Doch trotz aller gezielten und systematischen Propaganda gelang es zunächst nicht, die Popularität von Konrad Adenauer wesentlich zu steigern. Mehr als zwei Jahre nach seiner Wahl zum Bundeskanzler war 1952 nur ein Drittel aller Bundesbürger mit seiner Politik einverstanden. Von Ludwig Erhard, Adenauers Wirtschaftsminister, hatten sogar noch weniger Bürger eine gute Meinung. Erhard, dessen Fähigkeiten und Wirken bis heute von vielen überschätzt werden, hatte von sich allerdings zeitlebens eine äußerst hohe Meinung. So meinte er nach der Wahl 1949, er sei im Wahlkampf „wirklich das große Ass“ gewesen, „um das sich alles drehte“. Und der Wahlkampf wurde – so Erhard – „ausschließlich für oder gegen die Erhard’sche Wirtschaftspolitik geführt“. Doch die Bürger sahen das anders. 1951 hatte von ihrem Wirtschaftsminister die Hälfte aller Bürger eine schlechte Meinung. Er war – wie Volker Hentschel in der wohl besten Erhard-Biografie zutreffend feststellt – „der unpopulärste aller Minister“. Er hatte – so Hentschel – „in den beiden Jahren seiner Ministertätigkeit weder seinen Kanzler und die Kollegen, noch die Bevölkerung überzeugt“.<sup>2</sup> Einer Entlassung durch Adenauer entging er nur dadurch, dass die oppositionelle SPD seinen Kopf forderte.

Angesichts dieser in der deutschen Bevölkerung in der ersten Zeit der Regierung Adenauers vorherrschenden eher kritischen Stimmung zur Regierung gingen die Sozialdemokraten auf einen totalen Gegenkurs zur Adenauerschen Politik und forderten vor der für 1953 vorgesehenen turnusgemäßen zweiten Bundestagswahl vorgezogene Neuwahlen, um eine neue Regierung unter ihrer Führung bilden zu können.

Anders als in der Weimarer Republik waren im Grundgesetz große Hürden aufgerichtet worden, um eine leichtfertige Auflösung des Bundestages zu verhindern. So musste sich die SPD bis zum Wahltermin 1953 gedulden. Dann konnte sie ihren harten Oppositionskurs

---

2 Brief von Erhard vom 25.10.1949 an Arthur Wolkiser, zitiert in: Hentschel, Volker. Ludwig Erhard – Ein Politikerleben, Berlin 1998, S. 113